



NIE WIEDER !

NACHRICHTEN EUROPÄISCHER BÜRGERINITIATIVEN

Ausgabe 9 / 2014

Eine Beilage des „13.“. Journalist: Günter Annen

Cestarostraße 2, D-69469 Weinheim

Tel. und Fax: 0049 (0) 6201-2909929/28

E-Mail: info@babycaust.de

Reaktionen auf eine Presse-Aussendung

VON GÜNTER ANNEN

Sicherlich überraschend kam für viele der Tod der österreichischen Nationalrats-Präsidentin der Feministin, Abtreibungs-Lobbyistin und Unterstützerin des „Genderwahns“, Frau Mag. Barbara Prammer. In einer Presseaussendung erinnerte

ich auch daran, daß sie 1999 als Frauenministerin hauptverantwortlich für die Einführung des Tötungs-Pestizids „Mifegyne“ war. Tausende ungeborener getöteter Kinder säumen den blutigen Weg einer feministischen Ideologie. Tausende kranker

Mütter! Prammer setzte sich für die Tötung der Ungeborenen in allen staatlichen Krankenhäusern ein, forderte die kostenlose „Pille“ und wollte die Tötungskliniken durch Schutzzonen sichern. Ebenso machte sie sich für den Genderwahn stark. Den

roten Genossen gefiel die Pressemeldung nicht, auch einige kirchliche Vertreter zeigten Unverständnis, dass wir beide Seiten einer Politikerin aufzeigten. Es gab Zustimmung und Ablehnung zu meiner Meinung. Einige der Reaktionen im Wortlaut:

Eine Maga (also eine Fach-Hochschul-Magistra) der Wiener Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) schrieb:

Ein Priester schrieb mir aus der Stadt Graz und blies in das selbe Horn wie die beamtete Sozialistin aus Wien:

An Herrn Günter Annen!

Bitte nehmen Sie dringend Abstand, uns mit derartigen Mails zu belästigen. Wie sie ganz genau wissen, haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine klare Haltung zum Thema Abtreibung. Jede Frau hat das Recht auf Selbstbestimmung!!! Für dieses erkämpfte Recht danken wir speziell engagierten Politikerinnen wie Johanna Dohnal und Barbara Prammer.

Und um nur kurz auf ihre Überschrift einzugehen: Die leider viel zu früh verstorbenen Politikerin Barbara Prammer hatte zum Glück keine zwei Seiten, sondern einen ganz klare Haltung zum Thema Abtreibung und diese auch immer wieder öffentlich bekräftigt! Und wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden diese Position auch in Zukunft mit aller Kraft verteidigen. So erhöht unser Gesundheitsminister Alois Stöger gerade den Druck auf die westlichen Bundesländer, Schwangerschaftsabbrüche endlich auch dort in öffentlichen Spitälern ermöglichen und das ist gut so!

Mit keiner Achtung für diese Art der Weltanschauung verbleibe ich

Maga (FH) Susanne Haase

Feministin

Sozialdemokratin

Bezirksgeschäftsführerin der SPÖ Ottakring

Sehr geehrter Herr Annen!

Es ist immer gut, wenn sich Menschen für das Lebensrecht der Ungeborenen in einer menschlichen Weise einsetzen und es ist unsere Pflicht, als Getaufte für die Schwächsten der Gesellschaft Stellung zu beziehen. Allerdings verstehe ich nicht, wie Ihr überheblicher und verurteilender „Nachruf“ auf Barbara Prammer zu Ihrer christlichen Gesinnung passt.

Ich bin sehr froh, dass die offiziellen Vertreter unserer Katholischen Kirche anders gesprochen haben.

Mit besten Grüßen

Wolfgang Schwarz, Pfarrer von Graz-Schutzengel

*Wenn ich die beiden Briefe lese, bin ich doch überrascht: Nicht über die Neo-Sozialistin aus dem 16. Wiener Gemeindebezirk. Der 16. ist eine Hochburg altehrwürdiger Kampfgenossen, die **Karl Marx**, **Lenin** und **Stalin** mit der Muttermilch aufgesogen haben. Nein. Überrascht bin ich darüber, dass sich der Priester vom Neo-Sozi-Gewäsch kaum unterscheidet, ausser dass die christliche Nächstenliebe strapaziert wird. Der Gründer des „13.“, Prälat **Franz Wesenauer**, ein Du-Freund des Alt-Sozialisten **Franz Olah** (ehemaliger SPÖ-Innenminister und ÖGB-Präsident) hätte diesem Pfarrer eine saftige österreichische Standpauke versetzt.*

ae

Impressum: Eigentümer (zu 100%) und Herausgeber von „Nie Wieder!“ ist die Christlich-Soziale-Arbeitsgemeinschaft (CSA) in 4730 Waizenkirchen, Feldweg 1, Österreich. Die vorliegende Ausgabe von „Nie Wieder“ ist eine Beilage der Monatspublikation „Der 13.“.

Eine Vervielfältigung in welcher Form auch immer ist erwünscht.

Langsam Richtung Menschen-Auslese

Die Abgeordneten des deutschen Bundestages werden sich nach der Sommerpause erneut mit dem Thema Euthanasie/Sterbehilfe befassen. Auch in Österreich ist man auf dem Weg, unter dem Druck der EU, dieses Problem gesetzlich regeln zu wollen. Damit es in die „richtige Richtung“ geht, wurde schon einmal eine Studie veröffentlicht. Dort heißt es: 62% der Österreicher sind angeblich für eine aktive und 78

Prozent für eine passive Sterbehilfe/Euthanasie.

Zur Zeit sprechen sich die meisten Bürger noch gegen eine aktive Sterbehilfe aus. Aber auf Nachfrage räumt man Ausnahmen ein, die eine sogenannte passive Sterbehilfe dann doch rechtfertigen sollen: „Ist doch schon so alt“ oder „Hat sein Leben gelebt“ oder „Wo bleibt die Lebensqualität“ oder „Bekommt doch eh nicht mehr mit“ „Das ist doch kein Leben mehr“ und so weiter... Noch hat man

Skrupel, aktiv Menschen zu töten. Doch alte Menschen verhungern oder verdursten zu lassen oder lebensnotwendige Medikamente abzusetzen wird von vielen bereits akzeptiert und als passive Euthanasie/Sterbehilfe“ verstanden.

Wenn Ausnahmen zugelassen werden, ist es vorbei mit einem absoluten Lebensschutz. Machen wir uns darüber keine falschen Illusionen!

Günter Annen

Erschreckend

Einen weiteren dramatischen Wandel von Sexualität und Fortpflanzung in der westlichen Welt prognostiziert der amerikanisch-österreichische Chemiker und Schriftsteller **Carl Djerassi** (90):

Es werde bald gang und gäbe sein, dass Männer und Frauen ihre Spermien und Eizellen in jungen Jahren einfrieren und sich danach sterilisieren lassen, schrieb der „Vater der Pille“ am 13. August in der „Welt“. Ihre ein bis zwei Kinder würden sie einfach später mit Hilfe von künstlicher Befruchtung bekommen.

„House of One“

In Berlin sollen in den nächsten Jahren eine Synagoge, eine Moschee und eine Kirche unter einem Dach entstehen. Die Religionen Judentum, Christentum und Islam wollen in ihrem Pionierprojekt „House of one“ getrennte Gebetsbereiche und einen Raum für Begegnungen. Die Initiatoren sind ein evangelischer Pfarrer, ein Rabbiner und ein Imam.

Wo bleibt der Missionsauftrag der katholischen Kirche?

Der „Marsch für das Leben“

Am 20. September 2014 wird vor dem Bundeskanzleramt in Berlin wieder ein Marsch für das Leben beginnen. Abtreibungsgegner fordern dabei das vollständige Verbot und die Bestrafung aller Schwangerschaftsabbrüche – nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa.

Diese vom Bundesverband Lebensrecht organisierte Demonstration verzeichnet Jahr für Jahr einen größeren Zulauf. Tausende zogen in den Jahren 2012 und 2013 unter dem Motto „Für ein Europa ohne Abtreibung und Euthanasie“ mit weiß ge-

färbten Kreuzen und überdimensionierten Nachbildungen von Embryonen durch Berlin.

Das scheint der Partei „DIE LINKE“ mächtig zu stören. Deshalb richtete sie am 31. 7. 2014, Drucksache 18/2248, eine „Kleine Anfrage“ an den Deutschen Bundestag.

Ich meine: Das ist erschreckend! 69 Jahre nach Auschwitz, wird von International-Sozialisten in einem demokratischen Rechtsstaat

wieder das absolute Lebensrecht eines Menschen in Frage gestellt.

Leisten wir Widerstand – das dürfen wir nicht zulassen! Gehen wir am 20. September in Berlin aktiv beim „Marsch für das Leben“ mit!

Günter Annen

Fast zwei Drittel der Namen in Deutschland wurden nur einmal vergeben, etwa: Slupy, Phönix, King, Minza, Nova-Hope und Madonna-Princess...

Papst betete für den Lebensschutz

Papst **Franziskus** hat auf seiner Südkoreareise ein Zeichen für den Lebensschutz gesetzt. Am 16. August machte er in Kkotongnae an einem „Garten der abgetriebenen Kinder“ halt, um dort zu beten. Lange verharrte er mit gefalteten Händen und

geneigtem Kopf vor dem Rasen mit weißen Holzkreuzen, bevor er sich zum Abschluss bekreuzigte. Die Gedenkstätte gehört zu einem katholischen Therapie- und Erholungszentrum im Landkreis Eumseong südöstlich von Seoul.

Russland bestraft Abtreibungen

In Russland werden illegale Schwangerschaftsabbrüche künftig mit Geldstrafen geahndet. Staatspräsident Wladimir Putin unterzeichnete schon am 22. Juli ein Gesetz. Privatpersonen, die abgetrieben haben, drohen Strafen von umgerechnet bis zu etwa 100 Euro, Beamten bis zu 315 Euro und juristischen Personen bis zu 3.150 Euro. Abgeordnete hatten im

russischen Parlament noch höhere Geldstrafen gefordert.

Laut staatlichen Statistiken wurden in Russland jährlich zirka 880.000 Schwangerschaftsabbrüche registriert. Nach Schätzungen russischer Wissenschaftler sind es mindestens doppelt so viele. Die russisch-orthodoxe Kirche will seit Jahren ein Abtreibungsverbot durchsetzen.

Die „Aktion Leben“ und ihre geistlichen Förderer wachen auf:

Der Tritt in das Wespennest

Wie ein Tritt ins Wespennest wirken die Recherchen des Psychologen und steten Mahners an die seelischen Leiden der Frauen nach der Abtreibung, Dr. Josef Preßlmayer. Diese Leiden, obwohl Faktum in Medizin und Rechtsprechung, werden von der „klassischen kirchlichen Beratung“ (katholisch.at) der „Aktion Leben“ als „Erfindung radikaler Gruppierungen“ abgetan und verhöhnt. Er wirft der „Aktion Leben“, welche der „Katholischen Aktion“ und damit der Katholischen Kirche angegliedert ist, Beratungs-Mithilfe bei Abtreibungen vor.

Angegriffen fühlt sich auch eine Landtagsabgeordnete aus Oberösterreich: die Welslerin Mag. **Doris Schulz**. Angesicht der Landtagswahl

VON F. ENGELMANN

Ende September 2015 wird das angekündigte gerichtliche Engagement der Politikerin auf differenziertes Verständnis in ÖVP-Kreisen stoßen. Man erinnert sich ja noch an ihren regionalen Vorgänger, einen „Filmemacher“, dem ebenfalls ein unglücklicher Prozessausgang zum Fallstrick wurde...

ÖVP-Abgeordnete

Die ÖVP-Abgeordnete stellt sich durch ihr Engagement gegen Diözesanbischof Dr. **Ludwig Schwarz**. Dieser hatte nämlich gemeinsam mit dem Lebensrechtler **Preßlmayer** einen Artikel verfasst, der offensichtlich der Unter-Organisation der Katholischen Aktion (KA) nicht gefällt. Als Titel des Beitrags nahmen der Bischof und der Psychologe: „*Kirche satanisch verstrickt*.“ Auch den Text formulierten sie gemeinsam. **Preßlmayer** kann das Original des Textes mit den handschriftlichen Verbesserungen des Bischofs jederzeit aus seiner Dokumentenmappe herausziehen

und einem gerichtlich beeideten Schrift-Sachverständigen vorweisen. Hat sich die Abgeordnete beim Bischof, bevor sie gerichtliche Schritte androhte, nicht erkundigt, was **Preßlmayer** und der Bischof miteinander sprachen?

Der Text „*Kirche satanisch verstrickt*.“ richtet sich an die, der katholischen Kirche angegliederte „Aktion Leben“ und ist sicherlich eindeutig: „*Verwerflich ist, wenn sich die katholische Kirche als mystischer Leib des HERRN an der Fristenlösung mit der ergebnisoffenen Beratung durch die sogenannte Aktion Leben, welche die Fristenlösung befürwortet, in ihren Pastoralämtern beteiligt*.“ So der Bischof und der Gesundheitspsychologe wörtlich.

Wespennest

In der Ausgabe des „13.“ am 13. Juni 2014 erschien Preßlmayers Beitrag – und die aufgeschreckten Wespen schwirrten aus. Am 15. Juli reagierte Pastoralamtsleiter **Vieböck**, am 16. Juli die ÖVP-Abgeordnete. Der Brief des katholischen Priesters kommt laut Briefkopf von der „Katholischen Kirche in Oberösterreich“. Er anerkennt offensichtlich nicht, dass der Arbeitgeber **Vieböcks** die Diözese Linz

ist. **Vieböck** möchte „*Kenntnisnahme und Klarstellung*“, dass er nicht an Abtreibung mitwirke. Das entbehre jeder Grundlage. „Der 13.“ bestätigt ihm gerne, dass er sicherlich nicht mit Skalpell und Vakuumpumpe arbeitet. Wir sind uns da sogar sehr sicher. Aber: Erinert sich Herr **Vieböck** denn nicht an seine Abtreibungsmitwirkung, indem er in der von ihm verantworteten „Jugend-CD“ auf Abtreibungskliniken hingewiesen und beim Auffliegen des Skandals diese CD auch noch verteidigt hat?

Drohgebärden

Die ÖVP-Politikerin **Doris Schulz** behauptet, dass die „*Tatsachenmitteilung*“ in der Juni-Ausgabe des „13.“ unrichtig sei, fordert eine „*Gegendarstellung*“, behauptet, dass die „Aktion Leben“ keine Frauen zur Abtreibung begleite. Die „Aktion Leben“ betreibe auch keine Beratungsstelle bei Schwangerschaftskonflikten. Man behalte sich rechtliche Schritte vor. Am 20. Juli 2014 fragte die Redaktion bei der Frau Abgeordneten nach, ob der Brief wirklich von ihr komme. Denn auf dem Briefumschlag war als Absender groß ihre Abgeordneten Tätigkeit vermerkt.

Kein Hinweis auf die „Aktion Leben“. „*Wir behalten uns rechtliche Schritte vor*“, schreibt **Doris Schulz** und unterzeichnet als Landtagsabgeordnete und als Vorsitzende der „Aktion Leben“: sie verbindet also ihre politische Arbeit ganz direkt mit der katholischen Kirche. Werden sich der Landeshauptmann und der Bischof über die Verquickung freuen! Auf die Anfrage hat sich **Doris Schulz** bis heute nicht gemeldet.

Werden ÖVP und Kirche klagen?

Weil die katholische Kirche mit ihrer Organisation „Aktion Leben“ an der Abtreibung mitwirkt, hat **Preßlmayer** das Problem auch ans Kirchengericht weitergeleitet. Denn nach Kirchenrecht muss Mitwirkung an Abtreibung bestraft werden. Die Klage, schreibt das Kirchengericht als Antwort, ist aus formalen Gründen zurückzuweisen. Auch das Kirchengericht stellt sich damit gegen den Bischof, der seine sogenannte „Aktion Leben“ selbst kritisiert. Verglichen mit einem staatlichen Gericht kommt das kirchliche übrigens schlecht weg: keine Rechtsbelehrung, kein Hinweis auf eine nächste Instanz, aber die Mitteilung, dass die Angelegenheit an den Bischof weitergeleitet wird. Dass der Bischof selbst seine Meinung schon abgegeben hat, interessiert das Kirchengericht nicht: Das

Fortsetzung Seite 18

Fortsetzung von Seite 17
Karussell des kirchlichen Amtsschimmels wird sich also munter weiterdrehen. Das gesamte Buch des

Journalisten-Autors **Josef Preßlmayer** befindet sich übrigens im Besitz des Linzer Bischofs **Ludwig Schwarz**: „Das Pontifikat

Benedikts XVI. und das Ringen um das Lebensrecht der ungeborenen Kinder in Österreich.“ Der Bischof wird bei Bedarf sicher sei-

nem Kirchen“rechts“-Gerichtshof, seinem Pastoralamtsleiter und der Frau Abgeordneten ausführlichen Einblick gewähren.

Dokumentation einer „Beratung“ durch die „Aktion Leben“ in Linz im Pastoralamt der katholischen Diözese Linz

Durch Recherchen des „13.“ sind die hintergründigen Arbeiten der sogenannten „Aktion Leben“ genauestens festgehalten

und dokumentiert. Dr. **Josef Preßlmayer** beauftragte sogar eine Detektivin, die mit verstecktem Mikrophon im Linzer Pastoralamt recher-

chierte. Die Detektivin gab sich als schwangere Frau aus, die abtreiben wolle. Sie führte bei der (namentlich bekannten) Beraterin bei der

„Aktion Leben“ in Linz ein Gespräch. Die wichtigsten Gesprächsteile für die Begleitung zur Abtreibung sind folgende:

Kern (Deckname): „...und jetzt wollte ich fragen, machen Sie überhaupt Begleitungen, dass Sie sagen, o.k.,... man redet mit einand' und dann werde ich begleitet vielleicht dahin?“

Beraterin der „Aktion Leben“: „Wie zu einem Schuhgeschäft?“

Kern (Deckname): „So auf die Art“ (lacht kurz).

Beraterin der „Aktion Leben“: „Na, ja ich denke, das eine ist die Begleitung hin zur Abtreibung und Trauerarbeit, ...“

Später erläutert die Beraterin die Begleitung noch näher.

Beraterin der „Aktion Leben“: „Ich bin neutral und kann Sie...nicht beeinflussen, ja oder nein...“

Kern (Deckname): „Ja“

Beraterin der „Aktion Leben“: „... Entscheidung, ..., denn Sie müssen ja danach damit fertigwerden und ich habe schon Frauen begleitet, die abgetrieben haben und die lange gebraucht haben, bis sie damit fertig waren, die jedes Mal, wenn sie Kinder gesehen haben ... ist alles wieder hochgekommen und so und drum, es hängt auch von ihrem Typ ab und es gibt Frauen, die kratzt das nicht einmal.“

Ein ganz wichtiges Zitat für Dr. **Preßlmayer**, auf das er immer wieder hinweist:

Beraterin der „Aktion Leben“: „In Wien, da wissen'S eh, da ist ein Fleischmarkt, da kann man das machen“

Auf die Frage der Berufsdetektivin nach einer Abtreibungsmöglichkeit sprach die Beraterin von einer Überweisung in das AKH, „weil da werden Abtreibungen gemacht“. Bezüglich einer medika-

mentösen Abtreibung antwortete die Beraterin der „Aktion Leben“: „Genau, Mifegyne, ich müsste dann nachschauen, beziehungsweise ob, wenn's schon größer ist, muss eine Curettage auch gemacht werden.“ Die

Beraterin der „Aktion Leben“ wies auf die Entscheidung, die bei der Frau liegt, hin: „Die Entscheidung ist dann noch bei Ihnen, weil das ist Ihr Körper“.

Anschließend an die Beratung stellte sie sogar eine Be-

ratungs- bzw. Zeitbestätigung aus eine „Anwesenheitsbestätigung“: **BEZIEHUNGLEBEN** mit dem sogar handschriftlichem Zusatz „psych. Begleitung v. Aktion Leben“. Wie im Schuhgeschäft...

Immer mehr Erinnerungsstätten für die Ungeborenen

Im Juni 2014 fand am Friedhof in Deutschlandsberg, einer Bezirkshauptstadt im Süden der Steiermark, die Segnung einer Gedenkstätte für totgeborene und abgetriebene Kinder statt.

Sowohl der katholische Ortpfarrer, als auch der evangelische Pastor waren der Einladung des Regionalen Gebetskreis-Teams gefolgt, insgesamt nahmen zir-

ka 25 Personen (inklusive des Bürgermeisters) an der bewegenden Feier teil. Die Inschrift auf dem Gedenkstein lautet: „Im Gedenken an die Kinder, die nicht das Licht der Welt erblicken

konnten“. Man sieht, was mit Privatinitiative alles möglich ist. Manche Leser erinnert diese Geschichte vielleicht an die Salzburger Professorin, die 2010 ebenfalls nach einem längeren Hindernislauf am Salzburger Kommunalfriedhof auf eigene Kosten einen Gedenkstein

für abgetriebene Kinder errichten ließ. In den vergangenen sechs Jahren wurden in Österreich laut einer Google-Recherche mehrere solcher Gedenkstätten errichtet zum Beispiel in Asten, Zell am Ziller, Münster, Wilten (Innsbruck), Bad Vöslau, Laakirchen und Hermagor.